

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 152-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.188

Eingereicht am: 05.06.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Ammann (Bern, AL)
Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 5

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Einrichtung einer Ombudsstelle

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit der nächsten Aufstockung der Polizeistellen auch eine kantonale Ombudsstelle zu schaffen und diese mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Begründung:

Ombudsstellen sind unabhängige Stellen, die zwischen Bevölkerung und Verwaltung in Konfliktsituationen und bei Missverständnissen vermitteln. Sie können Beschwerden aus der Bevölkerung entgegennehmen, Abklärungen machen und, wenn nötig, auch Empfehlungen an die Verwaltung abgeben. Ombudsstellen sind wichtig, um Transparenz zu schaffen, die Zufriedenheit in der Bevölkerung und deren Vertrauen in den Staat zu stärken. Die Einrichtung einer Ombudsstelle ist sowohl für die Verwaltung als auch für die Wohnbevölkerung finanziell interessant, weil ihre Abklärungen zum Sachverhalt viele Anzeigen und Gerichtswege vermeiden.

Nicht alle Leute verfügen über das notwendige Wissen, verstehen den Sachverhalt nicht und kennen ihre Rechte zu wenig. Viele meiden den Gerichtsweg, weil sie sich die hohen Anwaltskosten nicht leisten können. Deshalb verzichten sie auf ihr Recht, sich gegen einen vielleicht ungerechten Entscheid zu wehren.

Eine Ombudsstelle erleichtert als niederschwellige Alternative zum ordentlichen Gerichtsverfahren die rechtsstaatliche Partizipation und das Ausüben der demokratischen Rechte. Für das demokratische System ist eine Ombudsstelle zentral, mit ihrer Funktion stärkt sie auch unsere Demokratie. Sie wirkt integrativ, weil sie den Zugang aller zum Recht verbessert, besonders auch für benachteiligte Personen. Die bestehenden Ombudsstellen in anderen Kantonen und in der Stadt Bern bestätigen diese Tatsachen.

Der Regierungsrat hat kürzlich bekanntgegeben, dass er in den nächsten zehn Jahren rund 360 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen wird. Da Beschwerden und Reklamationen der Bevölkerung oft gerade auch die Arbeit der Polizei betreffen, braucht es erst recht eine Ombudsstelle. Der Regierungsrat soll also bei der nächsten Aufstockung der Polizeistellen eine solche einrichten.

Verteiler

- Grosser Rat